

SPD-Ortsverein Aschaffenburg Stadtmitte

Stephan Steyer
Brentanoplatz 16
63739 Aschaffenburg

Martin Schulz und SPD-Parteivorstand

Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Aschaffenburg, 04.12.2017

Brief des SPD-Ortsvereins Aschaffenburg-Stadtmitte an den SPD Bundesvorstand

Lieber Martin, liebe Genossinnen und Genossen im Bundesvorstand,

ein Gespenst geistert durch die Partei. Das alte Gespenst der Großen Koalition. Heraufbeschworen wird es von Genossen, allen voran Johannes Kahrs und sein Seeheimer Kreis mit einer konservativen Gesamttendenz. Sie sagen, wir brauchen eine stabile Regierung für Deutschland.

Wir wollen an dieser Stelle aber daran erinnern, dass „Stabilität“ kein Wert an sich ist. Es stellt sich immer noch die Frage nach der Qualität eines Zustands. Aus sozialdemokratischer Sicht ist ein Deutschland, das unter dieser CDU Kanzlerin geführt wird, ein Land der Großindustrie, in dem enorme Finanzströme fließen und in dem diese Industrie auf Kosten von Mensch und Natur das Wirtschaftswachstum immer noch weiter forciert, um noch mehr Profite machen zu können. Ein kleiner Vorgeschmack von dem, was da noch kommen könnte, hat der kommissarische CSU-Landwirtschaftsminister Schmidt gestern mit seiner unverantwortlichen, undemokratischen und korrupten Entscheidung vorgelegt, einer Zulassung von Glyphosat für weitere 5 Jahre zuzustimmen. Es ist undenkbar, dass diese Resortentscheidung nicht dem kommissarisch arbeitenden Kanzleramt abgestimmt wurde. Du warst vor kurzem bei den ArbeitnehmerInnen von Siemens, ein Konzern der Milliardengewinne macht und trotzdem 3500 Menschen entlassen „muss“. Von jedem Arbeitnehmer wird Flexibilität verlangt, kann Siemens denn nicht auch flexibel sein um Arbeitsplätze zu sichern?

Unsere Solidarität gilt dem Bundesvorstand, der am vergangenen Montag einstimmig beschlossen hat, keine Große Koalition einzugehen. Wir als Basis unterstützen diese Linie nachdrücklich!

Unsere Solidarität gilt auch den Arbeitslosen, den LeiharbeiterInnen, PraktikantInnen und Frauen und RentnerInnen die in Minijobs schuften müssen. Wir wollen kein Deutschland der Großindustrie und des Kapitals, wir wollen ein Deutschland, in dem Krankenschwestern, Altenpfleger und ZeitarbeiterInnen nicht mehr unterbezahlt werden, damit auf ihrem Rücken ein Wirtschafts- und Exportboom floriert.

Mit der CDU/CSU gibt es kein gerechtes Deutschland. Und Konservative in jeder Partei haben seit jeher immer eine Politik für die Starken der Gesellschaft gemacht. Die SPD sollte endlich wieder Politik für die wirtschaftlich schwachen Menschen machen. Von einer Großen Koalition profitiert die Wirtschaft und auch die AfD.

Unser SPD Ortsverein Aschaffenburg-Stadtmitte favorisiert eine Minderheitsregierung, in der auch das Parlament wieder mehr mitzubestimmen hat. Im Bundestag kann dann auch ohne Koalitionszwang klar gesagt werden, für wen Konservative, Liberale und auch die AfD Politik machen: Großindustrie und transnationale Konzerne.

Wir fordern euch auf, in der Hektik des Mediengewitters standhaft zu bleiben und bei eurem Beschluss zu bleiben. Deshalb gilt auch euch im Parteivorstand unsere Solidarität. Hört nicht auf Stimmen, die schon in der Vergangenheit sozialdemokratische Ideale von Gleichheit, Solidarität und einem nach sozialen Prinzipien ausgerichteten Wirtschaften auf dem Altar der Profilierungssucht und der eigenen Karriere opfern wollen.

Mit solidarischen Grüßen

Stephan Steyer
(Vorsitzender SPD-Ortsverein Aschaffenburg Stadtmitte)